



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

📠 (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 20. Juni 05

Rossmann fordert CDU und FDP auf: Hände weg von der Gewerbesteuer für die Kommunen

Die Jahresabschlüsse der schleswig-holsteinischen Kommunen für 2004 zeigen die positiven Folgen der Gemeindefinanzreform aus dem Jahr 2003. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann hierzu: „Die Quelle der Gewerbesteuer sprudelt wieder für die Kommunen. Die Gewerbesteueranteile, die bei den Kommunen bleiben, sind in Deutschland von 15,2 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 20,6 Mrd. Euro im Jahr 2004 um mehr als ein Drittel gestiegen. Das haben wir durch mehrere Gesetzesänderungen erreicht, die von der CDU/CSU und der FDP im Bundesrat hart umkämpft wurden.“

Insgesamt erhöhten sich die kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2003 um knapp zehn Prozent auf 52 Mrd. Euro. Zurückzuführen ist diese positive Entwicklung nach Auffas-

sung des Abgeordneten auf drei Maßnahmen: So hat es nicht nur eine drastische Senkung der Gewerbesteuerumlage gegeben, die die Kommunen an Bund und Länder abführen müssen, sondern auch Änderungen im Steuerrecht, wie z.B. die Mindestgewinnbesteuerung, nach der große Unternehmen nicht mehr komplett ihre Einnahmen mit Defiziten der Vorjahre verrechnen dürfen. Auch hat sich die Konjunktur besser als prognostiziert entwickelt und geht es einer großen Zahl von Branchen wirtschaftlich ausgesprochen gut.

Der Abgeordnete betont, dass mit einer weiteren Entlastung im Jahr 2005 fest zu rechnen sei. Steuer-schätzungen prognostizieren bis zum Jahr 2008 eine deutlich bessere Entwicklung für die kommunalen Haushalte als für Bund und Länder und einen weiteren Abbau der Defizite. Rossmann: „Dies geht aber nur, wenn die Gewerbesteuer als kommunale Steuerquelle in der jetzigen Form erhalten bleibt. Die Pläne von CDU und FDP, den Kommunen dieses Instrument aus der Hand zu schlagen, bedroht die finanzielle Ausstattung der Kommunen.“

Auch aus Gründen der Wirtschaftsförderung hält der Abgeordnete ein Festhalten an der Gewerbesteuer für sinnvoll. Rossmann: „Das sichert Gewerbe- und Wirtschaftsnähe der Kommunen und sorgt dafür, dass die Fragen der Förderung von Wirtschaft und Wertschöpfung in der Kommunalpolitik ihren wichtigen Stellenwert behalten.“